



HSPVNRW

Forschungsbericht

**NRW-Initiative „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten
im öffentlichen Dienst“**

Vanessa Salzmann, Claudia Kaup & Oliver Schemmer

IPK Working Paper Series

herausgegeben vom Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaft (IPK) an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW.

Die IPK Working Paper Series will neue Texte schon vor der Publikation einem Fachpublikum zugänglich machen und damit den akademischen Informations- und Meinungsaustausch befördern. Die Beiträge stellen work in progress dar.

Die Urheberrechte verbleiben bei den Autorinnen und Autoren. Sie haben das uneingeschränkte Recht, ihre jeweiligen Texte in der vorliegenden oder in einer überarbeiteten Version zu einem späteren Zeitpunkt zu publizieren.

Die Working Papers sind als pdf.-Dateien frei verfügbar.

The IPK Working Papers series is designed to make stimulating new texts readily available as pdf files. They want to encourage academic discussions and constitute work in progress. The copyright remains with the authors.

Copyright für diese Ausgabe: Prof. Dr. Vanessa Salzmänn

Layout: Prof. Dr. Christian Wickert

Diese und folgende Publikationen aus der IPK Working Paper Reihe können kostenfrei auf der Internetseite des IPK (<https://www.hspv.nrw.de/forschung/forschungsinstitute/ipk/uebersicht>) heruntergeladen werden.

IPK Working Paper | Nr. 7 | Januar 2023

Forschungsbericht

NRW-Initiative „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“

Prof. Dr. Vanessa Salzmänn (Hrsg.)

herausgegeben vom Vorstand des IPK an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW

Gelsenkirchen, Januar 2023

1. Zusammenfassung

Im Rahmen des ressortübergreifenden Landesprojekts „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ wurden die Teilprojekte „Netzwerk und Kommunikation“, „Präventionsleitfaden“ und „Forschung“ gebildet. Das Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaften verantwortete die Leitung des Teilprojekts Forschung, die wissenschaftliche Beratung der anderen Teilprojekte und verpflichtete sich zur Vorlage eines Forschungsberichtes. Um eine breitere Erkenntnislage zu generieren, bezog das Teilprojekt Forschung die Expertise weiterer WissenschaftlerInnen ein (HfPV, DHPol, KKF NRW, LAFP NRW).

Der Bericht zielt darauf ab, Trends einschlägiger Gewaltpräventionsprojekte zu beleuchten und eine Zusammenarbeit mit dem vom BMBF geförderten Verbundprojekt „Ambosafe“ zu nutzen bzw. zu unterstützen, um Präventionsansätze auf eine breitere empirische Basis zu stellen.

Um das ambitionierte Ziel der NRW-Initiative, einen Präventionsleitfaden für nahezu alle Bereiche des öffentlichen Dienstes zu entwickeln, seriös zu verfolgen, empfahl das Forscherteam eine Fokussierung auf Präventionsmöglichkeiten, die ressortübergreifend vergleichbar sind. Während verhaltensorientierte Präventionsansätze aufgrund der unterschiedlichen Berufswirklichkeiten innerhalb des öffentlichen Dienstes kaum vergleichbar sind, erscheinen organisationale, baulich-technische und Aspekte der Interaktion als ressortunabhängige Präventionsfaktoren. Beispielsweise sind die mangelnde Aufarbeitung von Übergriffen durch Führungskräfte, schlecht einsehbare und Übergriffe begünstigende Arbeitsumgebungen oder auch die Annahme, dass sich Respekt und Gehorsam schon aus der Amtsautorität begründen müssten, ressortunabhängige Befunde für die Prävention von Übergriffen.

Mit der Fokussierung berufsübergreifender Handlungsfelder (Organisation, Interaktion sowie bauliche und technische Infrastruktur) lassen sich also mögliche Ursachen für Frustration, Stress und Gewalt erfassen und eine Grundlage für eine wirksame und moderne Gewaltprävention bilden.¹

Häufig fehlt es in Behörden und Branchen des öffentlichen Dienstes bereits an Lagebildern, die Aufschluss über das tatsächliche Ausmaß von Übergriffen zum Nachteil ihrer Beschäftigten geben. Die mit der NRW-Initiative verbundene Idee, das Ausmaß von Übergriffen durch

¹ Diese Clusterung folgt den KOMBA-Studien und den meisten der für diesen Forschungsbericht ausgewerteten Studien.

die Teilnahme am Verbundprojekt „Ambosafe“ zu erhellen, erscheint erfolgversprechend. Insbesondere die aktuelle Erhebungsphase des Ambosafe-Projektes zielt auf die Erforschung der Frage ab, welche Aspekte zur Deeskalation einer Situation beitragen. In diesem Erkenntnisinteresse zeigt sich eine Kongruenz mit einem zentralen Ergebnis dieses Forschungsberichts. Der Interaktionsablauf zwischen Einschreitendem (insb. Beschäftigte(r) des öffentlichen Dienstes) und einem anderem Akteur (insb. BürgerIn) ist maßgeblich für einen Übergriff oder das Ausbleiben von ebendiesem. Die Studienausswertung ergab, dass Angriffe wie „aus dem Nichts“ so gut wie gar nicht existieren. Das Phänomen der Eskalationsspirale und einer erwarteten Subordination aus Sicht der Autoritätsperson wird im Folgenden noch erörtert.

Da die Erstellung des Präventionsleitfadens und der Forschungsskizze aus organisatorischen Gründen zeitgleich erfolgen musste, wurde im Teilprojekt 2 ein Praxis-Präventionsleitfaden entwickelt, der eine wissenschaftliche ad-hoc Beratung erfuhr, jedoch durch Fortschreibungen auf eine breitere empirische Basis gestellt werden sollte. Diese Empfehlung wurde durch die Projektleitung und Leitung der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) geteilt. Im Folgenden werden wesentliche Ergebnisse der gesichteten Studien zusammengefasst und Vorschläge für die Fortführung der NRW-Initiative aus wissenschaftlicher Sicht unterbreitet.

2. Studienergebnisse

Neben den bereits zitierten Publikationen wurden im Teilprojekt „Forschung“ die in der Anlage dargestellten Studien gesichtet und ausgewertet. Eine tiefgehende Erörterung erfolgt überwiegend innerhalb der Anlage zum Forschungsbericht, um in diesem Bericht selbst Doppelungen zu vermeiden. Die Auswertung umfasste Metastudien, die sich mit Gewalterfahrungen befassten oder Gewalterfahrungen einer vergleichsweise weit gefassten Untersuchungsgruppe (mehrere Berufszugehörigkeiten) fokussierten. Weitere Qualitätskriterien waren ein Mixed Methods-Design sowie eine mehrjährige Studienlaufzeit oder Befragungsdauer.

Festzustellen bleibt, dass die Studien nur bedingt miteinander vergleichbar waren. Beispielsweise definieren Studien den Gewaltbegriff unterschiedlich, erheben Ursachen von Übergriffen unterschiedlich, u.v.m.

2.1 Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst – ein wachsendes Problem?

In der öffentlichen Berichterstattung mehren sich Meldungen über respektloses Verhalten und Gewaltangriffe auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. So wurden beispielsweise im August 2021 in Lüneburg mehrere Polizeibeamte und Rettungssanitäter von einem 66-Jährigen beschimpft, geschlagen und bedroht. Ebenfalls im August dieses Jahres erhielt eine Gemeinschaftsschule in Niebüll einen anonymen Drohbrief, in dem Angriffe auf Lehrer angekündigt wurden, wenn die Schule sich an einer geplanten Impfkation beteilige.

Vorfälle wie diese prägen gegenwärtig den medialen, politischen und wissenschaftlichen Diskurs zur Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst. In der Medienberichterstattung sind es vor allem die Extremfälle, die von den Journalisten aufgegriffen und thematisiert werden.

Doch nimmt die Respektlosigkeit und Gewalt gegen Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes tatsächlich stetig zu? Oder tragen insbesondere die Sensationsmeldungen sowie hoch emotional wirkenden Darstellungen zu einer verzerrten Wahrnehmung der Problematik?

Statistiken wie die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) oder die Daten der Unfallkassen können kaum verlässliche Auskunft über das tatsächliche Ausmaß der Problematik geben, unterliegen ihre Erfassungsmodalitäten doch anderen Bedürfnissen.

Die Behörden selbst führen in der Regel keine eigenen Statistiken über die Gewaltvorkommnisse ihrer Mitarbeiter. Einige Institutionen (etwa Schulen) fürchten einen Reputationsverlust. Häufig werden nur gravierende Vorfälle gemeldet bzw. angezeigt, so dass die tatsächliche Situation von Übergriffen auf Beschäftigten des öffentlichen Dienstes viel Raum für Vermutungen bietet.

Hinzu kommen Abgrenzungsproblematiken, die sich im allgemeinen Sprachgebrauch und in sicherheitspolitischen Diskursen offenbaren. So sind die Begriffe „Respektlosigkeit“ und „Gewalt“ keine legal definierten Größen und notwendige Abgrenzungen deshalb regelmäßig schwierig. Der Gewaltbegriff wird in sozialwissenschaftlichen Studien dementsprechend heterogen erläutert und definiert. Die für das hiesige Projekt recherchierten Studien operieren auch mit unterschiedlichen Gewaltbegriffen. Die ausgewertete Forsa-Studie „Hass und Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen“ i. A. d. Körber Stiftung überließ die Bestimmung dessen, was unter den Gewaltbegriff zu subsumieren ist, sogar in Gänze den Befragten. Diese Abgrenzungsproblematik wurde im vorliegenden Bericht und seinen Anlagen bedacht und in den Ergebnisdarstellungen ausgewiesen.

Demgegenüber stellt der Begriff der „Respektlosigkeit“ aus sozialwissenschaftlicher Sicht eine tatsächliche Herausforderung dar. Valide Aussagen zu seiner Inhaltsbestimmung können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht getroffen werden. „Respekt“ ist eine subjektive Wahrnehmung auf der Mikroebene des handelnden Akteurs, die abhängig ist von dessen subjektiven Erfahrungen und Prägungen. Es bleibt demnach der subjektiven Bewertung auf der Mikroebene – der Handlungsebene der Protagonisten – überlassen, was jeweils als „Respekt“ definiert bzw. unter dem Fehlen eines Solchen subsumiert wird. Folglich ist die Wahrnehmung respektlosen Verhaltens aus Sicht des Akteurs nicht gleichbedeutend mit der Wahrnehmung des Counterparts, gleichfalls in dem Willen und der Überzeugung, respektlos zu agieren, zu handeln. Aus diesem Grund lässt sich die Metapher der Respektlosigkeit wissenschaftlich nur valide auf eine Zunahme oder Abnahme im Verhalten der Gesellschaft gegenüber Bediensteten des Öffentlichen Dienstes anwenden, nachdem eigene Studien hierzu die Kategorisierung des Begriffs ermöglichen, um diesen quantifizierbar zu machen.

Das Narrativ der stetig wachsenden Gewalt gegenüber öffentlich Bediensteten entsteht typischerweise aus Berichterstattungen in Gewerkschafts- und Fachzeitschriften, polizeilichen Einsatzberichten und Medienberichterstattungen. Dabei wird die Deutungshoheit der Medien oder der Polizei über das Einsatzgeschehen üblicherweise nicht hinterfragt. In der Folge werden Forderungen nach „Rückendeckung“ und Gesetzesverschärfungen seitens der Politik erhoben, die diese Phänomene als einen Mangel an Respekt gegenüber ein-

schreitenden Rettungskräften deuten. Zuletzt sind diese Symptomatiken durch das Forschungsprojekt GeVoRe II – Gewalt gegen Vollstreckungsbeamte und Rettungskräfte der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) festgestellt und im bislang noch unveröffentlichten Folge-Projektantrag beschrieben worden.

Seitens eines Akteurs wird eine Subordination erwartet, die der Akteur vor allem durch seine Autorität (bspw. LehrerIn, PolizeibeamterIn, GerichtsvollzieherIn) legitimiert sieht. Auch Behr spricht in diesem Kontext von der Vorstellung der Herrschaftsunterworfenheit bzw. des Gehorsams, was für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes im Bürgerkontakt immer noch eine Rolle spielt. Sofern letztgenanntem nicht entsprochen wird, hält die so entstandene Situation Konfliktpotential und damit Gewalt- und Viktimisierungspotential für beide Seiten bereit.²

Auch bei Bosold wurde bereits 2006 ein energischeres, selbstbewussteres Auftreten von Polizeibeamten gegenüber potentiellen Gewalttätern zur Schaffung von mehr Respekt thematisiert.³ Ellrich stellte dieses 2012 dann in Korrelation mit einem erhöhten Viktimisierungsrisiko bei Polizeibeamten im Bürgerkontakt, deren gemessene Punitivität (Strafeinstellung) auf Grund von eigenen Gewalterfahrungen erhöht war. Als Vergleichsgruppe diente ihr eine befragte Kontrollgruppe von Polizeibeamten, deren Punitivität geringer ausgestattet war. Punitivität bezieht sich dabei auf die Neigung von Personen im Falle von Normverstößen vergeltende Sanktionen gegenüber versöhnenden vorzuziehen.⁴ Bei dieser Studie handelte es sich allerdings nicht um eine Längsschnittstudie, weshalb keine Kausalbeziehung zwischen Viktimisierung und Punitivität herzustellen waren.⁵

Trotzdem lassen sich bei den vorgenannten Aussagen und Untersuchungen durchaus Ähnlichkeiten mit Reaktionen ableiten, wie diese aus subjektiv empfunden „Respektvorstellungen“ oder gefühlten „Respektsverweigerung“ entstehen können.

Diese und ähnliche Beziehungen hinsichtlich der Entstehungszusammenhänge von Gewalt gilt es auch dort zu berücksichtigen, wo es um die Viktimisierungsprävalenz von Bediensteten des Öffentlichen Dienstes geht. Entsprechend stellen die für diesen Forschungsbericht recherchierten Studien in der Zusammenschau auf die Handlungsfelder Interaktion (Situation und Kommunikation) als Entstehungszusammenhang von Gewalt ab. Bei der Studienauswertung wurde auch deutlich, dass unvermittelte, tätliche Angriffe, die noch dazu ohne

² Vgl. Behr 2012, S. 178f.

³ Vgl. Bosold 2006, S. 158.

⁴ Vgl. Ellrich 2012, S. 84 unter Verweis auf Lautmann / Klimke 2004, S. 10

⁵ Vgl. Ellrich 2012, S. 101.

Bezug zu einer Vollstreckungshandlung durch einen Aggressor aus dem Nichts stattfinden, so extrem selten sind, dass sie als nicht sachverhaltswirklich angesehen werden können. Diese Feststellung lässt sich auch auf die im oben zitierten GeVoRe II Projekt durchgeführten Verfahrensaktenanalyse stützen.

2.2 Ressortübergreifende Handlungsfelder für die Prävention von Übergriffen

2.2.1 Organisation und Interaktion

Eine exemplarische Darstellung von organisations- und interaktionsbedingten Präventionsansätzen rückt nicht nur Prozesse der Ablauf- und Aufbauorganisation der Behörden in den Fokus der Betrachtung, sondern auch das Miteinander von Bürgern, Beschäftigten und Führungskräften. Die wissenschaftlichen Empfehlungen reichen dabei von der Erfassung und Bewertung von Gefährdungsfällen, der Minimierung von konfliktfördernden Faktoren zwischen Beschäftigten und Bürgern, einem regelmäßigen Angebot von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen bis hin zu einer verbesserten Kommunikations- und Empathiefähigkeit von Mitarbeitern und Führungskräften.

2.2.2 Bauliche und technische Infrastruktur

Eine gefahrenbewusste Raum- und Arbeitsgestaltung, eine Verbesserung der baulichen Infrastruktur oder auch die Wirksamkeit von Alarm- und Überwachungssystemen werden in den beiden Handlungsfeldern bauliche und technische Infrastruktur dargestellt.

Weitere Studienergebnisse sind der Anlage zum Forschungsbericht zu entnehmen.

3. Perspektiven und Empfehlungen

3.1 Dokumentation und Erfassung

Um das tatsächliche Ausmaß von Übergriffen bewerten zu können, ist eine Ausdifferenzierung der Vorfallerhebung in den Behörden und Branchen des öffentlichen Dienstes sinnvoll. Beschäftigte sollten die Gelegenheit erhalten, Vorfälle möglichst unbürokratisch zu melden. Passgenaue Maßnahmen lassen sich nur planen, wenn ein Situationsüberblick vorhanden ist. Sind branchenspezifische Lagebilder vorhanden, kann sich eine Situationsanalyse mit passgenauen Präventionsmaßnahmen ableiten.

3.2 Sensibilisierung, Fortbildung und Führung

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sollten insbesondere für die Eskalationsproblematiken in Einschreitsituationen sensibilisiert werden, die in diesem Forschungsbericht ausführlich beschrieben wurden.

Das Verhalten von Führungskräften, ihr Umgang mit Angriffen, die ihre MitarbeiterInnen erlebt haben, ist wesentlich für die Gewaltprävention und die Organisationskultur.

3.3 Empirische Validierung des Leitfadens

Forschungsergebnisse des Verbundprojektes Ambosafe (und ggf. weiterer hier zitierter Studien) sollten bei der Fortschreibung des Präventionsleitfadens Berücksichtigung finden, um eine breitere empirische Absicherung insbesondere der Handlungsempfehlungen, zu ermöglichen. Bislang stehen Publikationen der Ambosafe-Befragung aus, so dass sie nicht für diesen Forschungsbericht ausgewertet werden konnten.

3.4 Austauschplattformen

Der Ausbau von Austausch- und Kommunikationskanälen (Kommunal, Regional, Land), wie bereits durch das Teilprojekt „Netzwerk und Kommunikation“ angestoßen, der Ausbau und die weitere Entwicklung von Präventions- und Reaktionskonzepten (Teilprojekt „Leitfaden“) und die Verbreiterung der empirischen Basis (Teilprojekt „Forschung“) sollte aus Sicht des Forscherteams angestrebt werden.

3.5 Projektorganisation

Um den Praxis-Präventionsleitfaden und Forschungsergebnisse weiter zu verknüpfen, sind organisatorische und personelle Voraussetzungen, insbesondere Fragen der Federführung und die Einbindungstiefe von Ressorts, zu prüfen.

Für das Teilprojekt Forschung gezeichnet:

Prof. Dr. Vanessa Salzmann Dr. Claudia Kaup Oliver Schemmer, M.A.

Quellenverzeichnis und Studienübersicht

- Bannenberg, Britta et al (2020): Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst des Landes Hessen, Justus-Liebig-Universität Gießen.
- Behr, Rafael (2012): Die "Gewalt der Anderen" oder: Warum es bei der aktuellen Gewaltdebatte nicht (nur) um Gewalt geht. In: Thomas Ohlemacher und Jochen-Thomas Werner (Hrsg.): Empirische Polizeiforschung XIV: Polizei und Gewalt. Interdisziplinäre Analysen zu Gewalt gegen und durch Polizeibeamte, Bd. 14. 17 Bände. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft (Schriften zur empirischen Polizeiforschung, 14), S. 177–196.
- Bliesener, Thomas et al. (2013): NRW-Studie - Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Die subjektive Sichtweise zur Betreuung und Fürsorge, Aus- und Fortbildung, Einsatznachbereitung, Belastung und Ausstattung.
- Bosold, Christiane (2006): Polizeiliche Übergriffe. Aspekte der Identität als Erklärungsfaktoren polizeilicher Übergriffsintentionen - eine handlungspsychologische Perspektive. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges. (Interdisziplinäre Beiträge zur kriminologischen Forschung, 32).
- Deutsche Hochschule der Polizei: Projekt Gewalt gegen Vollstreckungsbeamte und Rettungskräfte –GeVoRe (Deutsche Hochschule der Polizei, Laufzeit bis 01/22).
- Ellrich, Karoline (2012): Punitivität bei Polizeibeamten. Ein Vergleich mit der Allgemeinbevölkerung. In: Thomas Ohlemacher und Jochen-Thomas Werner (Hrsg.): Empirische Polizeiforschung XIV: Polizei und Gewalt. Interdisziplinäre Analysen zu Gewalt gegen und durch Polizeibeamte, Bd. 14. 17 Bände. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft (Schriften zur empirischen Polizeiforschung, 14), S. 83–105.
- Ellrich, Karoline; Baier, Dirk (2014): Gewalt gegen niedersächsische Polizeibeamte aus dem Einsatz- und Streifendienst. Zum Einfluss von personen-, arbeits- und situationsbezogenen Merkmalen auf das Gewaltopferisiko (Forschungsbericht 123.)
- dies. (2014): Gewalt gegen niedersächsische Polizeibeamte aus dem Einsatz- und Streifendienst. Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen E.V.
- Forsa (Hrsg.) (2021): Hass und Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen. Einschätzungen und Erfahrungen von Bürgermeister/innen in Deutschland, i. A. d. Körber Stiftung.
- Frevel, Bernhard; Kaup, Claudia; Kohl, Andreas et al. (2014 und 2019): Übergriffe gegen Beschäftigte in Kommunalverwaltungen (KOMBA-Studien 1 und 2), Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.

HfPV: Angriffe auf MitarbeiterInnen und Bedienstete von Organisationen mit Sicherheitsaufgaben - Ambosafe vom BMBF gefördertes Verbundprojekt.

Klimke, D.; Lautmann, Rüdiger (2004): Punitivität als Schlüsselbegriff für eine kritische Kriminologie. In: Rüdiger Lautmann, D Klimke und F Sack (Hg.): Punitivität. Kriminologisches Journal 8. Beiheft. Weinheim: Juventa.

Leuschner, Fredericke; Rau, Matthias (2018): Gewalterfahrungen von Rettungskräften im Einsatz. Eine Bestandsaufnahme der empirischen Erkenntnisse in Deutschland.

Pfeiffer, Christian et al. (2010): Zum Einfluss von personen-, arbeits- und situationsbezogenen Merkmalen auf das Gewaltopferisiko. Begleittext zu sieben Thesen zur Gewalt gegen Polizeibeamte. Erste Ergebnisse einer Polizeibefragung in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen'. Erster Zwischenbericht.

Rahman, Abdul et al. (Hrsg.) (2020): Polizeiliche Gewaltanwendungen aus Sicht der Betroffenen. Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen“ (KviAPol), 1. Zwischenbericht 2. Aufl.

ders. (2020): Rassismus und Diskriminierungserfahrungen im Kontext polizeilicher Gewaltausübung, zweiter Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen“ (KviAPol).

Anlage

Studienübersicht

1. Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst des Landes Hessen

(Bannenberg et al., Justus-Liebig Universität Gießen)

2. Übergriffe gegen Beschäftigte in Kommunalverwaltungen (KOMBA-Studien)

(Frevel/Kaup/Kohl et al., Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW)

3. Gewalterfahrungen von Rettungskräften im Einsatz

(Leuschner/Rau)

4. Gewalt gegen Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften -GeVoRe

(Deutsche Hochschule der Polizei, Laufzeit bis 01/22)

5. Hass und Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen

Einschätzungen und Erfahrungen von Bürgermeister/innen in Deutschland, Forsa i. A. d. Körber Stiftung

6. NRW-Studie - Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte

Die subjektive Sichtweise zur Betreuung und Fürsorge, Aus- und Fortbildung, Einsatznachbereitung, Belastung und Ausstattung

7. Polizeiliche Gewaltanwendungen aus Sicht der Betroffenen

Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „Körperverletzung im Amt durch

Polizeibeamt*innen“

(KviAPol), 1. Zwischenbericht 2. Aufl.

&

Rassismus und Diskriminierungserfahrungen im Kontext polizeilicher Gewaltausübung

weiterer Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen“

(KviAPol), 11.11.2020

8. Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen E.V.:

Gewalt gegen niedersächsische Polizeibeamte aus dem Einsatz- und Streifendienst

Zum Einfluss von personen-, arbeits- und situationsbezogenen Merkmalen auf das Gewaltopferisiko. Begleittext zu ,7 Thesen zur Gewalt gegen Polizeibeamte. Erste Ergebnisse einer Polizeibefragung in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen‘

(Erster Zwischenbericht, 2010)

Gewalt gegen niedersächsische Polizeibeamte aus dem Einsatz- und Streifendienst

Zum Einfluss von personen-, arbeits- und situationsbezogenen Merkmalen auf das Gewaltopferisiko

(Forschungsbericht 123, 2014)

9. Angriffe auf MitarbeiterInnen und Bedienstete von Organisationen mit Sicherheitsaufgaben -Ambosafe

(Laufzeit bis 08/22, Verbundprojekt, ohne Auswertung, da noch nicht publiziert)

Studienergebnisse im Detail

1. Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst des Landes Hessen

Prof. Dr. Britta Bannenberg

Frederik Herden

Franziska Kemperdiek

Tim Pfeiffer

Erstellt im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion Landesbund Hessen (DBB Hessen), unterstützt durch BBBank, Debeka, Weisser Ring

Durchführung

Justus-Liebig-Universität Giessen

Zeitraum

September - November 2019

Zielsetzung

- Erster Eindruck über das Ausmaß und Häufigkeit der Betroffenheit von Gewalt und Aggressionen im dienstlichen Kontext
- nach der Analyse der Ergebnisse sollen vertiefende Befragungen einzelner Berufsgruppen erfolgen

Methodik

- Nicht repräsentative Online-Befragung; 2185 Antworten von Personen
- mehr als die Hälfte der Teilnehmer (55,7 %) ist dem Berufsfeld „Verwaltung“ zuzuordnen
- Anteilsmäßig folgen darauf die Berufsfelder „Polizei“ (16,5 %), „Bildung“ (13,6%) und „Justiz“ (7,9 %)
- Auffällig ist die geringe Teilnehmerzahl (15 Personen) aus dem Bereich „Gesundheits- und Rettungswesen“

- Höchst relevant ist die Einschränkung der Aussagekraft der Studie im Hinblick auf jede Art der Hochrechnung und der anteilmäßigen Betroffenheit bestimmter Berufsgruppen
- quantitative Aussage zur Gewaltbetroffenheit kann aufgrund der Methodik nicht getroffen werden

Für die Angehörigen jener Berufsgruppe

- Polizei
- Schule
- Agentur für Arbeit
- Jobcenter
- Justizvollzug
- Gerichtsvollzieher - die sich mit relevanten

Polizei

- Polizeibeamten*innen erleben in Einzelfällen und in der Summe gravierendste Gewalt und sind in der Häufigkeit der Vorkommnisse am höchsten belastet
- Im Vergleich zu allen anderen belasteten Berufsgruppen fühlen sich Polizeibeamten*innen im beruflichen Alltag relativ sicher
- Etwa 40% der Teilnehmenden fühlen sich vom Dienstherrn nicht ausreichend geschützt
- Straftaten werden in etwa der Hälfte der Fälle angezeigt; viele Verfahren würden jedoch von den Justiz eingestellt
- Zahlenangaben an der Befragung beteiligt haben – ergibt sich eine besondere Gewaltbetroffenheit
- In etwa $\frac{3}{4}$ der Fälle sind die Täter Einzeltäter, männlich, zwischen 21 und 30 Jahre alt und häufig mit Migrationshintergrund; in 16% der Fälle sehen sich die Teilnehmenden aber auch mit Tätergruppen konfrontiert

- Besondere Relevanz: Anteil alkoholisierter bzw. drogenbeeinflusster oder psychischer beeinträchtigter Täter

Verbesserungsvorschläge

- Forderung nach einer härteren bzw. konsequenten Sanktionierung durch die Justiz
- Gesellschaftliche Wertschätzung und Anerkennung der Berufsgruppe Polizei
- Eine Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenlebens
- Mehr Personal
- Eine bessere und moderne Ausstattung
- Mehr Unterstützung durch Vorgesetzte, Politik und Medien
- Aus- und Fortbildung, Training

Justizvollzug und Gerichtsvollzieher

- Justizvollzugsbeamte sind diversen Gewalterfahrungen ausgesetzt; kaum einer wurde noch nicht beleidigt (70% allein im Jahr 2019); 90% wurden im Laufe des Berufslebens schon bedroht (2019: 53%)
- Das Anspucken und körperliche Angriffe - bis hin zu Tötungsversuchen - stellen mit 57% im gesamten Berufsleben sowie 33% im Jahr 2019 eine hohe Gewaltbelastung dar
- Vorfälle werden in fast der Hälfte der Fälle beim Vorgesetzten angezeigt; für die Institution Justizvollzug ist die niedrige Anzeigenquote dennoch überraschend
- mögliche Gründe: Einstufung des Vorfalls als Bagatelle, Angst vor negativen Konsequenzen, Furcht vor Kritik durch Vorgesetzte bis hin zur Rache des Täters
- Gerichtsvollzieher sind im erheblichen Maße Beleidigungen und Bedrohungen ausgesetzt (Beleidigungen erfährt im Berufsleben fast jeder; im Jahr 2019 fast 78%)
- Anzahl der Bedrohungen im gesamten Berufsleben sind mit 86% sehr hoch; fast die Hälfte war im Jahr 2019 verbalen und körperlichen Bedrohungen

- Berufsgruppe, die im besonderem Maße mit Aggressionen und Gewalt konfrontiert ist; körperliche Angriffe (60% in der gesamten Berufszeit, 10% im Jahr 2019) sind nicht selten
- Gerichtsvollzieher sind häufig allein unterwegs und können nicht auf Unterstützung durch Kollegen zählen
- 72% der Gerichtsvollzieher fühlen sich von ihrer Behörde nicht ausreichend geschützt; nahezu die Hälfte fühlt sich im beruflichen Alltag unsicher

Verbesserungsvorschläge

- Mehr Personal
- Verbesserte Ausrüstung
- Aus- und Fortbildung, Training

Schule

- Lehrer*innen werden in erheblichem Maße (mehrfach) bedroht, beleidigt und respektlos behandelt und beschimpft
- Bezogen auf die Lebenszeit werden über 80% beleidigt, 58% bedroht, 13% angespuckt und nicht selten körperlich angegriffen (28%)
- Täter sind überwiegend Schüler*innen aller Altersstufen; der Schwerpunkt liegt auf männlichen (81%) Einzeltätern (60%) unter 20 Jahre (75%)
- Auch Gewalterfahrungen mit drei oder mehr Tätern (26%); unter den Tätern sind auch Eltern oder Fremde
- Der Migrationsanteil spielt relativ geringe Rolle; in den offenen Nennungen werden spezifische kulturelle Konflikte und Respektlosigkeiten genannt
- Alkohol- und Drogeneinfluss ist weniger relevant, was für situationsbedingte Konflikte im schulischen Kontext spricht
- Umfassende und vielfältige emotionale Folgen

- Obwohl knapp die Hälfte der Betroffenen die Schulleitung informiert, erfolgt eine Strafanzeige fast nie (1%)

Agentur für Arbeit und Jobcenter

- Mitarbeiter*innen der Agentur für Arbeit sind in ganz erheblichem Maße Beleidigungen und Beschimpfungen sowie Bedrohungen ausgesetzt; körperliche Angriffe kommen ebenfalls vor (3% im letzten Jahr)
- In fast 60% der Fälle wurde die Behördenleitung informiert; eine Strafanzeige erfolgte selten (3%)
- Fast die Hälfte der Beschäftigten fühlt sich von den Vorgesetzten nicht ausreichend geschützt
- Unsicherheitsgefühl ist mit 18% hoch
- Mitarbeiter*innen im Jobcenter sind noch etwas häufiger Beleidigungen und Bedrohungen ausgesetzt; körperliche Angriffe kommen ebenfalls vor (0,7% im Jahr 2019; 16% im gesamten Berufsleben)
- Über die Hälfte der Beschäftigten denkt über einen Arbeitswechsel nach

Verbesserungsvorschläge

- Verbesserte Sicherheits- und Schutzmaßnahmen durch äußere Kräfte sowie durch Kolleg*innen
- Bauliche Maßnahmen
- Unterstützung durch Vorgesetzte
- Mehr Kollegialität
- Konsequente Einschreiten bei Gewalt und Aggression/konsequente Strafverfolgung, psychologische Nachsorge
- Aus- und Fortbildung, Training

2. Übergriffe gegen Beschäftigte in Kommunalverwaltungen (KOMBA-Studien)

*Prof. Dr. Bernhard Frevel
Prof. Dr. Christoph Görisch
Dr. Claudia Kaup
Andreas Kohl
Lucia Maldinger
Moritz Bühler
Jan Potthoff*

Erstellt im Auftrag der komba-Gewerkschaft NRW, gefördert durch das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes NRW

Durchführung

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW

(Umbenennung in Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW)

Zeitraum

2017-2019

Anschlussprojekt an das Projekt „Sicherheit und Gewaltprävention in Kommunalverwaltungen“ 2013/2014

Zielsetzung

- Wissen über die Verbreitung des Phänomens verbessern
- Erkenntnisse über die Ist-Lage und Aufhellung des Dunkelfeldes
- Erkenntnisse über Möglichkeiten der Prävention
- Entwicklung eines Erhebungsinstruments
- Erstellung von problemspezifischen Handlungsempfehlungen

Methodik

- Fallstudien in sechs nordrhein-westfälischen Kommunen verschiedener Größenklassen

- Gruppeninterviews mit Mitarbeitenden verschiedener Amt- und Fachbereichszugehörigkeit
- Interviews mit Sachgebiets-, Amts-, Fachbereichs- und Behördenleitungen sowie Personalräten
- Standardisierte Vorgangs- und Vorfallerhebungen
- Gebäudebegehung

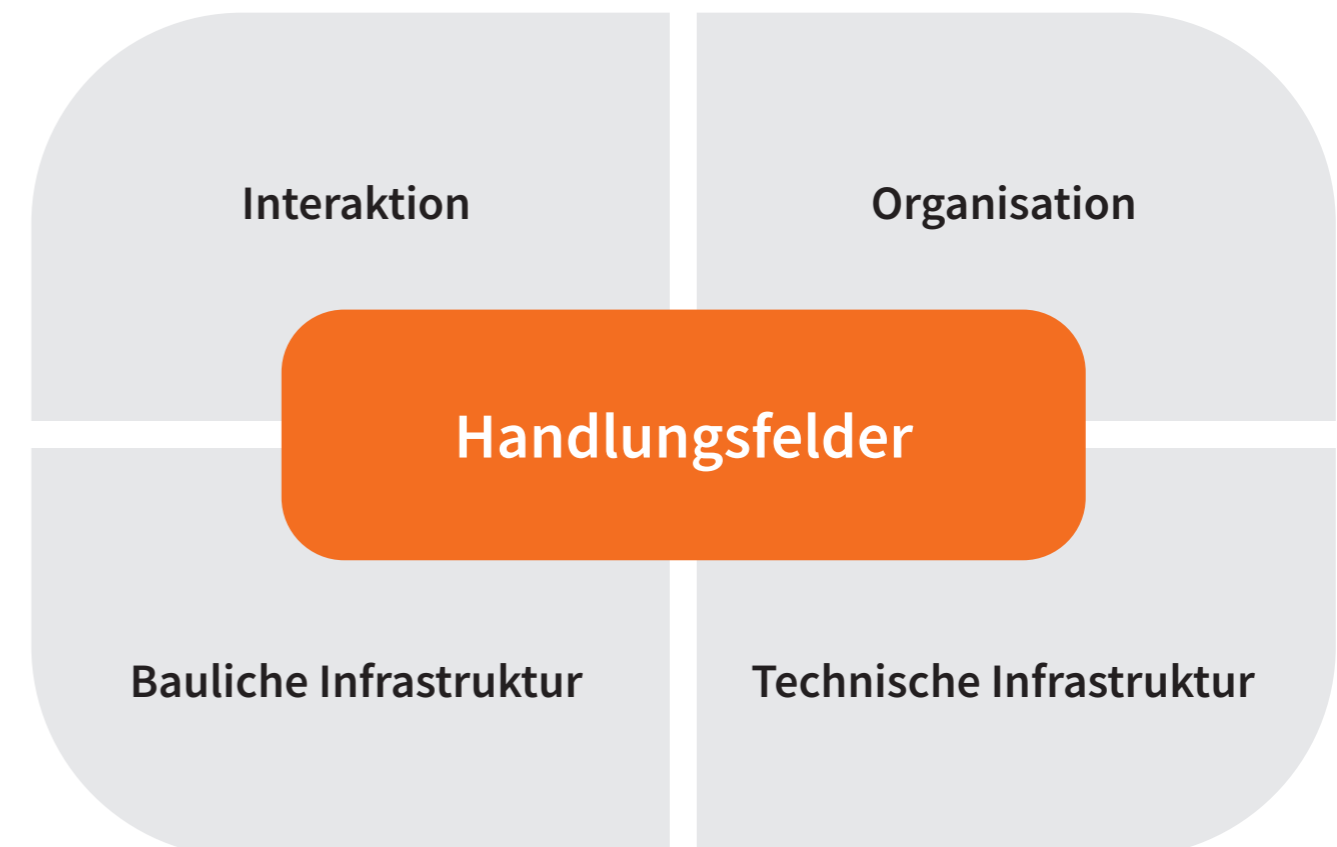
Lagebild (international)

- Die Gewalt am Arbeitsplatz stellt auch international einen wichtigen Faktor der Arbeitnehmersicherheit dar
- Insgesamt scheint gerade der Sektor „öffentliche Verwaltung“ überdurchschnittlich belastet zu sein
- Potentiale für zielgruppenspezifische Präventionsansätze (Männer, Frauen, Migranten etc.)
- Wichtige Rolle von Vorgesetzten beim Umgang mit Gewaltdelikten
- Kommunikation als wichtiger Risikofaktor innerhalb der Organisation und mit dem Kunden
- Bauliches Design als wichtigster organisatorischer Risikofaktor für Gewaltentstehung
- Gravierende Übergriffe auf Mitarbeitende sind - noch - Ausnahmereischeinungen
- Wenige tätliche Übergriffe gegen Mitarbeitende, jedoch häufig verbale Gewalt und unangebrachtes Sozialverhalten
- Unterschiedliche Wahrnehmungen von Vorgesetzten und Mitarbeitenden: Ausbau von Kommunikationswegen
- Gravierendere Übergriffe werden häufig von den Mitarbeitenden alleine bzw. mit Hilfe von Kollegen gelöst
- Besondere Gefährdung Mitarbeitender von Eingriffsverwaltungen und im Außendienst

Rechtliche Grundlagen

- Fürsorgepflicht des Arbeitgebers
- Fürsorge- und Schutzmaßnahmen:
 - Beratungs- und Schulungsangebote
 - Rechtsschutz-Unterstützung
 - Behördliches Hausrecht
 - Gefährderansprache
 - Auskunft- bzw. Informationssperre

Handlungsfelder



Handlungsempfehlungen: Organisation

- Transparenz der Strukturen, Arbeitsabläufe und Entscheidungsprozesse für die Kundinnen und Kunden
- Festlegung geregelter Organisationsabläufe, Verantwortlichkeiten und verbindliche Meldewege für Gefahrensituationen
- Aufbau eines internen Dokumentationssystems über Gewaltvorfälle
- Anlegung eines Notfallordners
- Besonderer Schutz für Mitarbeitende im Außendienst
- Regelmäßiges Angebot von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter und Führungskräfte
- Wiederkehrende Alarm- und Notfallübungen

Handlungsempfehlungen: Interaktion

- Vertrauensvolle Kommunikation sowie ein wert-schätzendes Miteinander von Kollegen und Vorgesetzten
- Schaffung von Austauschmöglichkeiten über Gewaltvorkommnisse für Kolleginnen und Kollegen und mit Vorgesetzten

Handlungsempfehlungen: Bauliche Infrastruktur

- Gestaltung sicherer Arbeitsräume und -plätze z.B. durch Unterweisungen und regelmäßige Begehungen
- Verbesserung der baulichen Infrastruktur

Handlungsempfehlungen: Technische Infrastruktur

- Installierung von Alarmierungssystemen
- Zugangskontrollen und Schließsysteme

3. Gewalterfahrungen von Rettungskräften im Einsatz – Eine Bestandsaufnahme der empirische Erkenntnisse in Deutschland

Matthias Rau

Fredericke Leuschner

Zielsetzung

- Überblick über die bisherige wissenschaftliche Aufbereitung des Themas Gewalt gegen Rettungskräfte in Deutschland

Aufbau

- Einleitung
- Überblick über empirische Studien
- Befunde der Studien in der Zusammenschau
 - Art und Umfang der Gewalt
 - Situative Merkmale
 - Merkmale der tatverdächtigen Personen
 - Merkmale der Betroffenen und Folgen von Angriffen
 - Meldehäufigkeit und Dunkelzifferrelation
 - Vor- und Nachbereitung von Gewalterfahrungen
 - Zusammenfassung
- Diskutierte Handlungsempfehlungen und Präventionsansätze
 - Einordnung
 - Qualifikation
 - Ressourcen und Mittel

- Abläufe und Dokumentation
- Ausblick und Desiderata

4. Gewalt gegen Vollstreckungsbeamte und Rettungskräfte (GeVoRe, DHPOL)

Zielsetzung und Methodik

im Rahmen eines interdisziplinären Ansatzes die Auswirkungen der Gesetzesänderung der §§ 113, 114, 115 StGB auf Täter*in, Opfer und die Strafverfolgungsbehörden evaluieren

- Analyse der Interventionsdynamiken (führen Strafverschärfungen zu sinkenden Fallzahlen?)
- Dazu Auswertung von Verfahrensakten
- Analyse der justiziellen Aufarbeitung der Interaktionsprozesse (Verfahrensakten, veröffentlichte Urteile und Experteninterviews)

Ergebnisse

- Anstieg der Gewalt aufgrund Fallzahlen nicht nachweisbar (Verzerrfaktor, Anzeigenaufnahmeverhalten, keine kritische Diskussion in den Medien)
- Eskalationsdynamik und Subordination
- Angriffe aus „dem Nichts“ sind die Ausnahme
- Einfluss berauschender Substanzen
- Rolle der Kommunikation

5. Hass und Gewalt gegen Kommunalpolitiker/ innen

Einschätzungen und Erfahrungen von Bürgermeister/innen in Deutschland

forsa Politik- und Sozialforschung GmbH
 Büro Berlin
 Gutenbergstraße 2
 10587 Berlin

Durchführung

Forsa. Institut

im Auftrag der Körber Stiftung

Zeitraum

01. – 13.04.2021

Befragungszeitraum

Zielsetzung

- Erfassung des Ausmaßes von Beleidigung, Bedrohung und tätlichen Angriffen
- Klärung ob ein Zusammenhang zwischen Beleidigungen und Übergriffen besteht
- Erfassung von subjektiven Belastungen und dem Umgang der Betroffenen mit den Übergriffen
- Abfrage von (Wunsch-)Maßnahmen der Betroffenen zum Schutz vor Übergriffen sowie deren Erwartungen an die neue Online-Informationenplattform für bedrohte Kommunalpolitiker*innen

Kohorte

1.641 Bürgermeister und Bürgermeisterinnen

im gesamten Bundesgebiet

Methode

Quantitative, repräsentative Befragung mittels Onlinefragebogen

Gewaltbegriff

– Weiter Begriff – der im Ergebnisbericht ausschließlich durch die Beschreibungen der Betroffenen näher definiert wurde. Gleichsetzung von:

Beleidigung, Bedrohung, körperlicher Bedrängung, Bespucken oder Schlagen

Die größten Herausforderungen (offene Abfrage)

10 % geben persönliche Angriffe, Beleidigungen unsachliche Kritik Stimmungsmache und Verleumdungen an

Gesellschaftliche Entwicklung

81 % teilen die Einschätzung das Deutschland verrotzt, der Umgang rücksichtsloser wird

Persönliche Erfahrungen mit Beleidigungen, Bedrohungen, Übergriffen (auch im privaten Umfeld)

- 57 % ja – 42 % nein
- 39 % wurden in einer Begegnungssituation beleidigt oder bedroht

Differenzierung nach Ortsgröße:*

Ortsgröße	Anteil (in %)
Unter 5.000	52
5.000 – unter 20.000	64
20.000 und mehr	75

*Frauen 58 % / Männer = 57 %

Erlebte Übergriffe ggü. Rats- und Verwaltungsmitgliedern

Bürgermeister*innen die Zeugen wurden (inkl. Beleidigungen):

Angaben in %	Insgesamt *	Ortsgröße ≤ 5.000	Ortsgröße 5.000 - ≤ 20.000	Ortsgröße ≥ 20.000
Beleidigungen oder Übergriffe	61	51	78	88

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Persönliche Erfahrungen mit Beleidigungen, Bedrohungen, Übergriffen (auch im privaten Umfeld)

Je größer die Gemeinde desto häufiger fanden verschiedene Übergriffsformen statt:

Angaben in %	Insgesamt *)	Ortsgröße ≤ 5000	Ortsgröße 5000 – ≤ 20.000	Ortsgröße ≥ 20.000
durch E-Mails, Briefe, Faxe beleidigt o. bedroht	39	32	50	63
in soz. Netzwerken beleidigt o. bedroht	35	26	50	71
In direkter Begegnung beleidigt o. bedroht	35	34	34	37
Sachbeschädigung	7	6	10	10
körperlich bedrängt	5	5	6	11

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Die unter 45-jährigen weisen eine signifikant höhere Belastung in sozialen Netzwerken sowie per E-Mails, Briefen und Faxe auf.

Situation der Übergriffe

Im Osten und in größeren Gemeinden gab es häufigere Übergriffe (inkl. Beleidigungen):

Angaben in %	Insgesamt *)	Osten	Ortsgröße ≥ 20.000	Männer	Frauen
öffentliche Veranstaltungen/ Ortstermine	57	65	64	58	51
In Diensträumen im Bürgerkontakt	52	48	54	54	39
Freizeitaktivitäten	50	44	67	53	35
In Ratsversammlung	24	36	19	22	38
*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich					

Zudem weisen die ≤ 45-jährigen eine signifikant höhere Belastung in sozialen Netzwerken sowie per E-Mails, Briefen und Faxen auf.

Subjektiv vermutete Hintergründe der Anfeindungen u. Übergriffe

Egoismus, Anspruchsdenken	25%
Unzufriedenheit mit kommun. Entscheidungen	21%
Unzufriedenheit mit sich selbst / Intoleranz / Unfähigkeit Konflikte auszutragen	15%
Unwissenheit ü. d. pol. Prozesse u. d. Rolle d. Bürgermeisters	13%
Neid, Unzufriedenheit mit Bunde-/Landespolitik	7%
Rechtsextremismus	6%
Aufstachelung im Netz/Social Media/, Fake News/ „Dummheit“ / mangelnde Bildung	5%
Unzufriedenheit mit der Corona-Politik von Bund/Land	4%
politische Motive allgm. / psychische Störung / geistige Verwirrung / Werteverfall, Verrohung der Gesellschaft	3%

Anzeigeverhalten

56 % der betroffenen Bürgermeister haben schon einmal Anzeige erstattet

Anzeige erstattet	Insgesamt in %	Ortsgröße ≤ 5.000	Ortsgröße ≤ 5.000 - 20.000	Ortsgröße ≥ 20.000
Ja, würde es wieder tun	33	24	43	56
Ja, aber in Zukunft nicht mehr	2	2	2	1
Nein, aber würde es in Zukunft tun	43	48	38	31
Nein, aber würde es auch in Zukunft nicht tun	18	22	14	11
*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich				

Gründe für Anzeigenverzicht

Polizei, Justiz verfolgt nicht konsequent	24%
es bringt nichts	9%
Zu viel Aufwand	6%
Sorge vor Eskalation	11%
Täter keine Aufmerksamkeit geben	10%
würde es nur bei schwerwiegenderen Übergriffen tun	17%
Vergehen war nicht so schwerwiegend	15%
kann oftmals im persönlichen Kontakt geklärt werden	13%
gehört leider dazu	9%

Belastungen durch Übergriffe bzw. Sorge davor

- 46 % derer, die schon einmal von Hass und Gewalt betroffen waren, geben an, dass sie diese Erfahrungen stark oder relativ stark belasten. Bei Personen mit Familie und Frauen fällt hier die Einstufung besonders hoch aus.
- Lediglich 9 % derer die noch keinen Übergriff erlebten sorgen sich.
- 16 % aller wollen wegen erlebten oder möglichen Anfeindungen bei der nächsten Wahl nicht wieder antreten
- 19 % aller Befragten haben sich aus Sorge um die eigene Sicherheit oder ihrer Familie Gedanken gemacht sich zurückzuziehen
- 9 % derer die noch keinen Übergriff erlebten, sorgen sich

Wichtige Maßnahmen zum Schutz

	Insgesamt in %
konsequenterer Strafverfolgung von Beleidigungen und Bedrohungen im Internet	97
Verpflichtung für Betreiber sozialer Netzwerke, strafbare Inhalte dem Bundeskriminalamt zu melden	93
Erweiterung des strafrechtlichen Schutzes vor Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens, so dass dieser auch für Kommunalpolitiker/innen gilt	87
parteiübergreifendes Auftreten des Stadt- bzw. Gemeinderats bei Bedrohungen oder Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen	87
bessere personelle Ausstattung der Polizei bzw. der Strafverfolgungsbehörden in diesem Ermittlungsbereich (ggf. Einrichtung entsprechender Stellen)	80
eine Verschärfung des Strafrechts (in Bezug auf Beleidigungen und Bedrohungen)	75

6. NRW-Studie Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte

Die subjektive Sichtweise zur Betreuung und Fürsorge, Aus- und Fortbildung, Einsatznachbereitung, Belastung und Ausstattung

Dipl.-Psych. Janine Jäger
Thimna Klatt, M. Sc.
Prof. Dr. Thomas Bliesener

Durchführung

Institut für Psychologie

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel im Auftrag des MIK NRW

Zeitraum

2011 – 2013 (Referenzzeit der Gewalterfahrungen war das Jahr 2011)

02/2012 – 04/2012 (Onlinebefragung)

1. Quartal 2013

Zielsetzung

Abbildung der subjektiven Sichtweise der PVB NRW und Handlungsbedarfe zu ermitteln

- Betreuung und Fürsorge (= generelle Verfügbarkeit)
- Aus- und Fortbildung (besuchte Seminare u. deren Nützlichkeit zum Forschungsgegenstand)
- Einsatznachbereitung (formell = PDV 100 sowie informell = Kolleg* innenkreis)
- Belastungen (subjektive Empfindungen)
- Ausstattungen (Qualität/Nutzen)

Kohorte

39.053 ausgegebenen Zugangscodes

18.443 eingesendete Fragebögen = 47,2 %

18.356 ausgewertete Fragebögen = Korrektur doppeldeutiger Angaben durch IT.NRW
anschließend Kohärenzprüfungen durch Forscherteam)

81,7 % Männer

18 % Frauen

[Grundgesamtheit PVB in NRW (w:18,4 %; m: 81,6 %)]

0,3 % keine Angaben

36 Interviews mit PVB

Methode

- repräsentative explorative Studie [Gewährleistung durch Referenzdatenerhebung im Vorfeld (Anzahl PVB pro Behörde / Geschlechter-/ Altersverteilung etc.)]
- quantitative Onlinebefragung (PVB mit und ohne Gewalterfahrung Filterprozess = technische Umsetzung IT.NRW)
- 36 Leitfaden gestützte Interviews mit betroffenen PVB

Zusammenfassung & ausgewählte Ergebnisse

14.656 PVB → tätliche(r) Angriff(e) = 33.797 Vorfälle

14.559 PVB → nicht-tätliche(r) Angriff(e) = 199.858 Vorfälle.

2011 hatten aber lediglich (79,8 %) der PVB
Bürgerkontakte

→ Referenzwert in repräsentativer
Umfrage

Dadurch durchschnittlich 2,3 tätliche u.
13,7 nicht-tätliche Angriffe

→ statistischer Wert in repräsentativer
Umfrage

Notwendigkeit von Referenzwerten =
einziges Ereignis oder schwerstes Ereignis

Gewaltbegriff:

- weit gefasst -

Nicht-tätliche Angriffe:

Anschreien u. verbale Provokationen / Beleidigungen u. Verleumdungen / Bedrängen / Androhen v. (Gegen-) An-zeigen Androhen körperl. Gewalt / Foto-/Videografieren / Miterleben v. Gewalt ggü. Dritten, PVB / Üble Nachrede etc. / Umzingeln / sexuelle B.

tätliche Angriffe:

Drängeln, Schubsen, Stoßen, Schlagen, Treten, Reißen, Ziehen, Festhalten / Kontakt mit Körperflüssigkeiten, Werfen eines Gegenstandes (auch Pyrot.) / sexuelle Belästigungen (z. B. Begrapschen) / Angriffe mit Waffen oder waffenähnl. Gegenständen / Bedrohung mit Waffen / Stechen (z. B. Messer, Injektionsnadeln)

PVB machten in 99,5 % Angaben zum einzigen bzw. dem schwersten erlebten Vorfall, woraus die Angriffsarten gebildet wurden (Benennung nach Häufigkeit)

Aufgrund der Schwerpunktverteilung der drei gebildeten Beeinträchtigungsszenarien (nicht-tätlicher / tätlicher Angriff / Kombination aus beiden) konnten zwei Organisationseinheitsbereiche gebildet werden:

- Wachdienst/Dienstgruppe/Pool
- Kriminalkommissariat, Zentrales Kriminalkommissariat. (ZKK), Staatsschutz

Tabelle 14: Ebene II: Anteile der von mindestens einem tätlichen Angriff (tA) bzw. mindestens einem nicht-tätlichen Angriff (ntA) betroffenen PVB sowie durchschnittliche Anzahl erlebter tätlicher bzw. nicht-tätlicher Angriffe pro Organisationseinheit/-bereich.

Organisationseinheit/-bereich	tätliche Angriffe			nicht-tätliche Angriffe		
	mind. ein tA	Ø Anzahl tA	n	mind. ein ntA	Ø Anzahl ntA	n
Polizeigewahrsamsdienst	85,1 %	10,5	73	97,3 %	83,0	72
Dienstunterführerstaffel	83,5 %	4,7	118	96,6 %	26,7	116
Bereitschaftspolizei (BPH, TEE)	81,5 %	5,7	1.094	95,7 %	28,6	1.084
Wachdienst/Dienstgruppe/Pool	77,3 %	3,2	5.975	94,5 %	19,9	5.931
Einsatztrupp (GE, K, AP)	73,5 %	3,1	479	89,7 %	14,8	477
Landesreiterstaffel	72,7 %	39,6	11	80,0 %	17,7	10
Kradgruppe	46,6 %	1,4	58	84,2 %	6,5	57
Bezirks-/Schwerpunktendienst	46,5 %	1,2	1.152	82,7 %	6,3	1.151
Spezialeinheit (SEK, MEK)	41,7 %	1,7	108	55,1 %	4,7	107
Kriminalwache	38,9 %	1,4	263	74,2 %	7,0	264
Verkehrsdienst (DirV, VI, AP)	35,2 %	1,0	475	76,0 %	6,6	471
Personen- und Objektschutz	34,6 %	0,8	52	66,7 %	7,2	51
ZA, Direktionsbüro, Personalrat, Beauftragte, Pressestelle	32,0 %	1,1	362	56,7 %	4,7	360
Leitungsstab, Führungsstelle, FLD/Leitstelle, Ständiger Stab	21,7 %	0,6	575	54,5 %	8,7	572
Kriminalkommissariat, ZKK, Polizeilicher Staatsschutz	19,8 %	0,4	2.697	60,8 %	3,2	2.685
Verkehrskommissariat (DirV, VI, AP)	17,3 %	0,3	431	54,4 %	2,4	428
Kriminalprävention, Verkehrsunfallprävention, Opferschutz	14,5 %	0,3	207	46,3 %	2,1	205
Spezialeinheit (VG, TEG)	12,5 %	0,3	40	47,5 %	3,8	40

Werte jeweils bezogen auf die Anzahl der PVB pro Organisationseinheit/-bereich, die eine Angabe zu tätlichen bzw. nicht-tätlichen Angriffen gemacht haben (± n).

Nicht-tätlicher Angriff: (Referenzereignis)

- 11.644 PVB (mindestens ein Angriff)
- Mehrzahl bestand aus mehreren Angriffshandlungen (Ø-lich 4,6)
- 12,2 % der PVB gaben an, dass mit dem Angriff kein Strafbestand erfüllt war
- Am häufigsten wurde mit ca. 80 % der Straftatbestand der Beleidigung genannt

Tätliche Angriffe: (Referenzereignis)

- 7.917 PVB Angaben zur Art machten (22.316 Handlungen)
- Ein Angriff beinhaltete damit Ø-lich drei Angriffsformen
- 7.862 machten Angaben zum vermeintlichen Straftatbestand (am häufigsten Widerstand)
- 7.438 PVB sahen dabei insgesamt 17.951 Straftatbestände als erfüllt an. Ein Vorfall = Ø-lich 2,4 strafrechtliche Tatbestände

Eine Kombination aus tätlichen und nicht-tätlichen Angriff wurde von 7.465 PVB angegeben

Geschlechterspezifische Besonderheiten

- Dienstalster der Frauen geringer sowie Verteilung in den Organisationseinheiten deutlich unterschiedlich
- signifikant weniger Anteile weiblicher PVB mit mindestens einem tätlichen Angriff als die männlichen PVB
- dieser eindeutige Unterschied verlor sich allerdings bei Betrachtung der Betroffenheit von mindestens einem nicht-tätlichen Angriff sowie durchschnittlichen Anzahl tätlichen wie nicht-tätlichen Angriffe

-
- im Dienstalter 2 – 6 Jahre wiesen die Frauen durchschnittlich mehr tätliche Angriffe als ihre männlichen Kollegen auf, was auf zwei „Ausreißer“ mit jeweils 100 Angriffen zurückzuführen war. Nach statistischer Bereinigung zeigt sich in allen Dienstaltersgruppen eine höhere Belastung der Männer durch tatsächlich Angriffe

Subjektive Erklärungskonzepte der PVB:

- weibliche verbale Deeskalationskompetenzen = rechtzeitige Entschärfung
- im ländlichen Raum: rein weibliche Einsatzteams werden von der Einsatzstelle oder der Führung seltener zu gefahrgeneigten Einsätzen geschickt
- das weibliche PVB von den überwiegend männlichen Tätern leicht abgedrängt werden könnten wodurch eher ein männlicher Kollege Ziel des jeweiligen tätlichen Angriffs wurde
- Männliche PVB treten als Beschützer auf so dass Angriff auf diese gelenkt wurden
- überwiegend männl. Täter suchten sich ebenbürtige Gegner

Täterbezogene Merkmale

- Alkoholisierungseinfluss wurde bei 65,1 % der tätlichen u. nicht tätlichen Angriffe durch 11.445 PVB angegeben
- Medikamenten-/ Drogeneinfluss wurde bei 30,0 % der tätlichen u. nicht tätlichen Angriffe als Einflussfaktor angegeben
- 31,0 % der PVB gaben an, weder Alkohol noch Medikamente habe eine Rolle gespielt

Einsatzsituationen

Tabelle 39: Ebene IV: Status der Person(en), durch die der tätliche und/oder nicht-tätliche Angriff erfolgte.

Angriff durch	prozentuale Anteile
verdächtige Person(en)	
eine	65,8 %
mehrere	18,3 %
unbeteiligte Person(en)	
eine	6,4 %
mehrere	6,8 %
hilflose Person(en)	
eine	6,9 %
mehrere	0,6 %
geschädigte Person(en)	
eine	3,6 %
mehrere	0,7 %
andere(r) Zeugin/Zeuge(n)	
ein(e)	3,7 %
mehrere	2,3 %
sonstige Person(en)	5,6 %
Prozentuale Anteile bezogen auf die PVB, die eine Angabe gemacht haben (n = 11.086, Mehrfachnennungen möglich) ⁶⁶ .	

Einsatzsatanlass

Tabelle 40: Ebene IV: Einsatzanlass (Situation vor Ort) beim tätlichen und/oder nicht-tätlichen Angriff.

Einsatzanlass/Situation vor Ort	prozentuale Anteile
Streitigkeiten/Ruhestörungen/Hilfeersuchen	26,3 %
freiheitsentziehende Maßnahmen	13,7 %
Personenüberprüfung (Identitätsfeststellung/Durchsuchung)	12,0 %
besonderer Anlass	11,9 %
Einsätze im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr	8,5 %
Durchsuchung von Räumlichkeiten/Flächen	5,9 %
Notruf von Einsatzkräften (Unterstützung)	2,2 %
Gefährderansprachen	1,5 %
Unterstützung Gerichtsvollzieher/Vollzugshilfe	0,7 %

Angriff tendenziell schwerwiegender, wenn der ursprünglich bekannt gegebene Anlass/Situation nicht dem/der vorgefundenen entsprach

Handlungsempfehlungen

Betreuung und Fürsorge

- Sensibilisierung der Führungskräfte für Belastungen der PVB
- Offenerer Umgang mit Betreuung bzw. Beratung nach Angriffen gegen PVB
- Mehr psychologische Fachkräfte zur Betreuung der PVB
- Bessere Unterstützung der PVB seitens der Vorgesetzten
- Häufigeres Anbieten von (verhaltensorientierten) Fortbildungen nach Angriffen gegen PVB

Aus- und Fortbildung

- Intensivierung der örtlichen Fortbildungen und stärkere Praxisnähe
- Transparente Anmeldeverfahren für Fortbildungen und Koordination durch Führungskräfte
- Höhere Akzeptanz von verhaltensorientierten Fortbildungen (Soft Skills)
- Verbesserung des Dienstsportangebots und zeitliches Ermöglichen der Teilnahme am Dienstsport
- Mehr Verbindlichkeit bei Nachweisen zur körperlichen Leistungsfähigkeit und Freistellung für die Nachweiserbringung
- Einsatznachbereitungen (mehr formelle nach Polizeidienstvorschrift (PDV) 100 aber auch Zeit für informelle) Förderung des Austausches unter Polizist*innen als eine Form der Verarbeitung erlebter Angriffe
- Erleichterung des Wechsels aus dem operativen Dienst für dienstältere PVB

Ausstattung

- Verbesserung der Qualität einzelner Führungs- und Einsatzmittel
- Häufigere Kontrolle des Mitführens von Führungs- und Einsatzmittel durch Vorgesetzte

7. Polizeiliche Gewaltanwendungen aus Sicht der Betroffenen

Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen“ (KviAPol), 2. Auflage 26.10.2020

Laila Abdul-Rahman
Hannah Espín Grau
Tobias Singelnstein

Rassismus und Diskriminierungserfahrungen im Kontext polizeilicher Gewaltausübung

Zweiter Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen“ (KviAPol), 11.11.2020

Laila Abdul-Rahman
Hannah Espín Grau
Luise Klaus
Tobias Singelnstein

Durchführung

Ruhr-Universität Bochum

Zeitraum

2018 - 2021

November 2018 bis Januar 2019 (Erhebungsphase Online-Befragung)

Methodik

- nicht repräsentative Dunkelfeldstudie
- quantitative Online-Befragung
- qualitative Interviews in der zweiten Projektphase

Kohorte

1. Projektteil

- 5.677 abgesendete („eingereichte“) Fragebögen, davon 3.678 abgeschlossene Fragebögen im Sinne der Studie/Fragestellung (305 ausgeschlossen = 3.373 „auswertbare“ Fragebögen (eigenen körperl. Gewalterfahrungen)
- 72 % männlich, Ø-Alter 26 (Zeitpunkt Gewalterfahrung)
- hochgebildet: 71 % Fach- /Hochschulreife

2. Projektteil

- 63 qualitative leitfadengestützte Expert*inneninterviews mit Personen aus Justiz, Polizei und Zivilgesellschaft (21 Zivilgesellschaft; 22 Polizei; Justiz derzeit unberücksichtigt)
- Auswertung ohne Justiz-Interviews auf Grund des Erkenntnisinteresses der Studie

Zielsetzung

Wissenschaftliche Fundierung der fachlichen wie auch die gesellschaftlichen Debatte um rechtswidrige polizeiliche Gewaltanwendungen

- Identifizierung Betroffene
- situative Faktoren (Viktimisierungsprozesse)
- Häufigkeit der Anzeigenerstattungshäufigkeit und deren Faktoren
- Hell- /Dunkelfeld-Relation
- Erklärungszusammenhänge der staatsanwaltschaftlichen und gerichtlichen Erledigungspraxis

Gewaltbegriff

konkrete Verletzungen, Schmerzen und psychischen Folgen

weniger schwere Verletzungen, z.B.:

Verletzung der Haut / Abschürfungen/ Prellung / Bluterguss / offene Wunde / äußere Blutung / Platzwunde / Reizung der Augen, Nasen- oder Mundhöhle

schwere Verletzungen, z. B.:

Verlust von Zähnen / Knochenbruch / innere Verletzungen (innere Blutung / Organschäden usw.

Dreiteilung der situativen Faktoren

A. Demonstrationen und politische Aktionen (n = 1.874)

B. Fußball und andere Großveranstaltungen¹⁹ (n = 830)

C. Einsätze außerhalb von Großveranstaltungen (n = 664)

- schnelle Eskalationsverläufe (54%) = 2 Minuten (A. und B.)
- mittlere Eskalationsverläufe 2 – 10 Minuten (vorwiegend C.)
- 20 % aller Fälle nicht während der Durchführung einer Maßnahme, sondern im weiteren Geschehensverlauf

Dunkelfeld-Hellfeld-Relation („Anzeigen“):

- im Sample = 1 : 6
- konservative Schätzung = 1 : 5

Ortsgrößen spielen signifikante Rolle

- Großstädte (ab 100.000) = 74 %
- Mittelgroße Städte (ab 20.000) = 11 %

- Kleinstädte (ab 5.000) = 6 %
- Dörfer (unter 5.000) = 6 %

Singelstein-Studie „Polizeiliche Gewaltanwendung“ – Bezug zur „KFN“-Studie

Einordnung:

Analog zu den Gewaltsituation denen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ausgesetzt sind, könnten die situativen Ansätze, wie sich diese aus der „Singelstein-Studie“ herauskristallisierten – auch hinsichtlich (vorverlagerter) Kommunikation – bei zukünftigen Forschungen Betrachtungsweisen sein, um (Entstehungs-)Zusammenhänge zu erkennen, die sich ggf. „die“ Prävention zu Nutzen machen kann.

Dies umso mehr, als dass auch durch die KFN-Studien (2010 / 2014) „Gewalt gegen niedersächsische Polizeibeamte“ die situativen und persönlichen Merkmale zur Gewalt-Viktimisierung deutlich hervorgehoben werden.

Erledigungspraxis von Verfahren wg. Gewaltanwendungen bei existierendem Ermittlungsverfahren

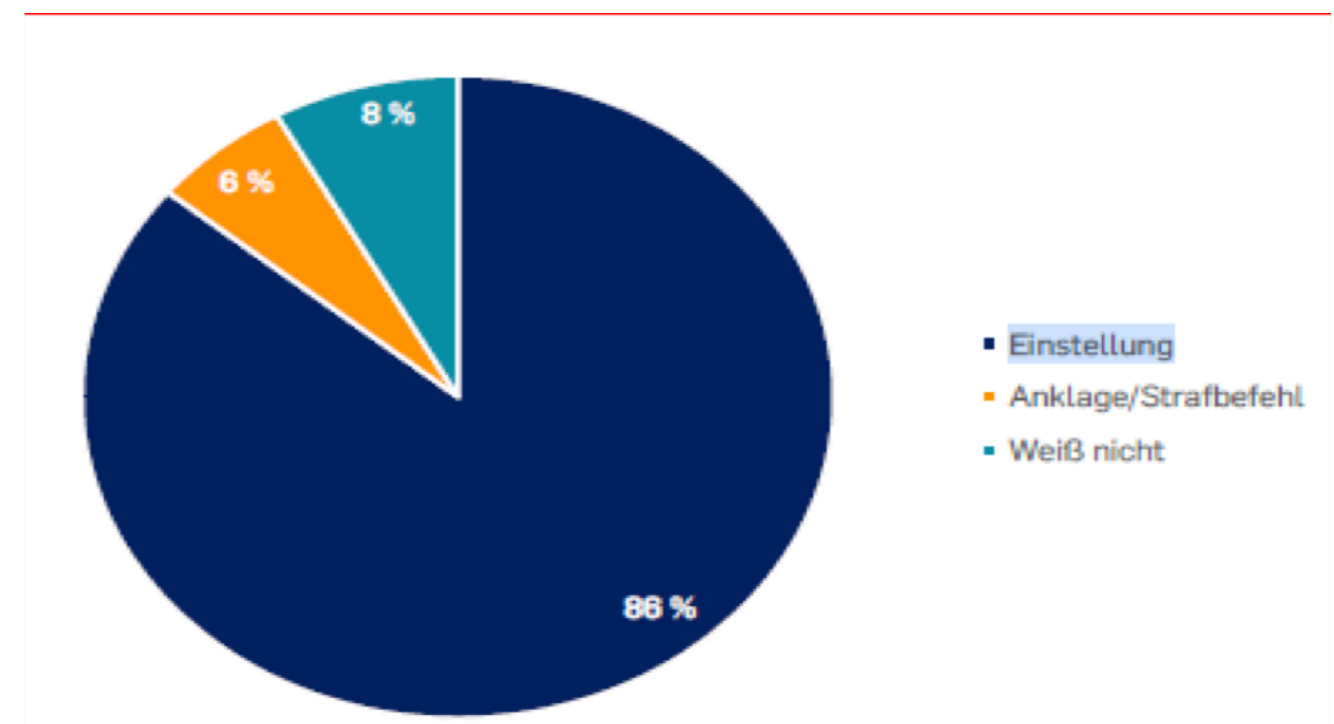


Abbildung 16: Erledigung der berichteten Ermittlungsverfahren (n = 354)

Beweissituation

	Gesamt (n = 415)*	Demonstration/ politische Aktion (n = 151)	Fußball/ andere GVA (n = 123)	Einsätze außerhalb von GVA (n = 140)
Zeug*innenaussagen	73,7 %	78,1 %	79,7 %	63,6 %
ärztliche Befunde	62,9 %	57,0 %	71,5 %	62,1 %
privates Videomaterial	38,1 %	41,1 %	55,3 %	20,0 %
polizeiliches Videomaterial	23,6 %	32,5 %	34,1 %	5,0 %
Video öffentlicher Raum / Internet / Presse	1,2 %	2,6 %	0,8 %	-
Sonstiges	1,4 %	0,7 %	0,8 %	2,9 %
keine Beweise	9,4 %	6,6 %	6,5 %	15,0 %

* Eine Person ohne Angabe zum Anlass des Polizeikontaktes.

Tabelle 10: Beweise in Verfahren wegen körperlicher Gewalt (Mehrfachnennung)

Bei Bedarf: Projektbezogene Literatur der KFN-Studie

- Baier, D. & Ellrich, K. (2012). Welche Einsätze sind für Polizeibeamte besonders gefährlich? In T. Ohlemacher & J.-T. Werner (Hrsg.): Empirische Polizeiforschung XIV: Polizei und Gewalt. Interdisziplinäre Analysen zu Gewalt gegen und durch Polizeibeamte (S.23-46). Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Ellrich, K. & Zietlow, B. (2012). Gewalt gegen Polizeibeamte. In H. P. Schmalzl & M. Hermannutz (Hrsg.): Moderne Polizeipsychologie in Schlüsselbegriffen (3. Auflage) (S. 127-137). Stuttgart u. a. : Booberg Verlag.
- Ellrich, K. (2012). Polizeibeamte als Opfer von Gewalt. In C. Lorei & J. Sohnemann: Grundwissen Eigensicherung (S. 5-33). Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Ellrich, K. (2012). Punitivität bei Polizeibeamten. Ein Vergleich mit der Allgemeinbevölkerung. In T. Ohlemacher & J.-T. Werner (Hrsg.): Empirische Polizeiforschung XIV: Polizei und Gewalt. Interdisziplinäre Analysen zu Gewalt gegen und durch Polizeibeamte (S. 83-106). Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Ellrich, K.; Baier, D. & Pfeiffer, C. (2012). Polizeibeamte als Opfer von Gewalt. Ergebnisse einer Befragung von Polizeibeamten in zehn Bundesländern. Baden-Baden: Nomos.
- Ellrich, K. (2011). Entwicklung der Gewalttaten gegen Polizeibeamte- Bericht aus einer aktuellen Studie. 3. Fachtagung der Hochschule der Polizei Hamburg (Hrsg). Die Polizei als "Freiwild" der aggressiven Spaßgesellschaft? (S. 32-55). Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Ellrich, K.; Baier, D. & Pfeiffer, C. (2011). Gewalt gegen Polizeibeamte. Befunde zu Einsatzbeamten, Situationsmerkmalen und Folgen von Gewaltübergriffen. KFN: Forschungsbericht Nr. 3
- Ellrich, K.; Baier, D. & Pfeiffer, C. (2010). Gewalt gegen Polizeibeamte. Ausgewählte Befunde zu den Tätern der Gewalt. KFN: Zwischenbericht Nr. 2
- Ellrich, K.; Baier, D. & Pfeiffer, C. (2010). Zentrale Befunde des zweiten Forschungsberichts des Projekts "Gewalt gegen Polizeibeamte" zu den Tätern der Gewalt. Ausgewählte Befunde zu den Tätern der Gewalt. Hannover: KFN

- Ellrich, K.; Pfeiffer, C. & Baier, D. (2010). Gewalt gegen Polizeibeamte : Begleittext zu „7 Thesen zur Gewalt gegen Polizeibeamte. Erste Ergebnisse einer Polizeibefragung in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Saarland, Schleswig-Holstein und Thüringen“. KFN: Zwischenbericht Nr. 1
- Pfeiffer, C.; Ellrich; K. & Baier, D. (2010). 7 Thesen zur Gewalt gegen Polizeibeamte: Erste Ergebnisse einer Polizeibefragung in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Saarland, Schleswig-Holstein und Thüringen. Hannover: KFN.
- Pfeiffer, C.; Ellrich; K. & Baier, D. (2010). 7 Thesen zur Gewalt gegen Polizeibeamte. Erste Ergebnisse einer Polizeibefragung in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Saarland, Schleswig-Holstein und Thüringen. In Möllers, H. W. & van Ooyen, R. C. (Hrsg), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011 – Erster Halbband (S. 309-313). Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft.

8. Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V.

KFN-Studie (2010). Gewalt gegen Polizeibeamte (10 Bundesländer):

Einsätze im Bereich häusliche Gewalt haben sich von 2005 bis 2009 verdoppelt die Gewalt-Opfer-Prävalenz auf Seiten der PVB stieg dabei um 77,8 % (vgl. S. 34)

KFN-Studie (2014): Gewalt-Viktimisierungsrisiko:

- am häufigsten bei Einsätzen wegen häuslicher Streitigkeiten/Schlägereien
- nur wenig geringer bei nicht häuslichen Streitigkeiten/Schlägereien
- Überprüfungen von Verdächtigen sind die Opferraten hingegen nur halb bzw. ein Drittel so hoch (vgl. S. 107)

„Gewalterfahrungen sind alles andere als eine Seltenheit. Wenn Beamte zu Einsätzen ausrücken, müssen sie stets damit rechnen, verschiedenen Formen aggressiven Verhaltens des Gegenübers ausgesetzt zu sein (S. 106).“

„Von Bedrohungen bzw. Beschimpfungen waren die Beamten in jedem zweiten Einsatz wegen Streitigkeiten/Schlägereien betroffen, während Waffen bzw. gefährlichen Gegenstände in etwa jedem 33. Einsatz eingesetzt wurden. Leichte Formen körperlicher Gewalt mit geringerem Verletzungsrisiko finden ca. dreimal häufiger statt als schwere Formen der Gewalt (S. 107).“

9. AMBOSafe

Angriffe auf Mitarbeiter*innen und Bedienstete von Organisationen mit Sicherheitsaufgaben

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung
Förderlinie: Anwender Innovativ – Fördernummer: 13N15369
Forschung für die zivile Sicherheit II
Fördergeber: VDI Technologiezentrum Düsseldorf

PROJEKTLAUFZEIT

Sept. 2020 – Aug. 2022

Beteiligte Projektpartner

Bayerisches Rotes Kreuz

Projektleitung: Michaela Selzer (M.A)
Mitarbeitende: Uwe Kippnich

Kriminologische Zentralstelle Wiesbaden

Projektleitung: Prof. Dr. Axel Dessecker
Mitarbeitende: Fredericke Leuschner (M.A)
Lena Fecher (B.A.)
Paulina Lutz (M.A)

Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung

Projektleitung: Prof. Dr. Clemens Lorei
Mitarbeitende: Anne Herr (M.Sc.)



Angriffe auf Mitarbeiter*innen und Bedienstete von Organisationen mit Sicherheitsaufgaben

Berufsgruppen:

Feuerwehr
Polizei
Rettungsdienst
Notaufnahme
Ordnungsamt
Zoll
Sicherheitsunternehmen
THW
Verkehrsgesellschaften

Besonderheiten:

- überregional
- multiperspektivisch
- organisationsübergreifend

Ziel:

Entwicklung von evidenzbasierten Präventionsprogrammen und Trainings für Bedienstete von BOS

Assoziierte Partner

- Deutsches Rotes Kreuz
- Technisches Hilfswerk
- Deutsche Hochschule der Polizei
- Polizei Nordrhein-Westfalen
- Ministerium für Inneres und Sport Sachsen-Anhalt
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin
- Northern Business School
- Deutsche Polizeigewerkschaft
- Gewerkschaft der Polizei
- Universitätsklinikum Würzburg
- RHÖN-KLINIKUM
- Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
- Kreisfeuerwehrverband Rhön-Grabfeld
- Staatsanwaltschaft Düsseldorf

Vorgehensweise

<i>Quantitative Erhebungen</i>	<i>Qualitative Erhebungen</i>	<i>Aktenanalyse</i>	<i>Übungen</i>
<ul style="list-style-type: none"> • Abfrage aktueller Maßnahmen • Längsschnittlich: Ereignisprotokoll • Vollerhebung: Lagebild 	Interviews mit: <ul style="list-style-type: none"> • Betroffenen • Expert*innen • Angreifenden Personen 	<ul style="list-style-type: none"> • Analyse von Strafverfahrensakten von Angriffen gegen Bedienstete 	<ul style="list-style-type: none"> • Wissenschaftliche Begleitung und Beobachtung von drei gemeinsamen Übungen

Quantitative Erhebung

Abfrage bestehender Maßnahmen

- Abfrage zu bereits bestehenden Maßnahmen zur Prävention und Nachsorge innerhalb der Organisationen

Ereignisprotokoll

- Längsschnittliche Erfassung von Häufigkeiten von Angriffen (verbale Angriffe, körperliche Angriffe, Sachbeschädigung, Diebstahl, Stören von Maßnahmen) über den Zeitraum von vier Monaten
- Zusätzlicher Fragebogen zu Hintergründen der erlebten Angriffe, u. A. zu Merkmalen der Situation und ergriffenen Maßnahmen

Lagebild

- Umgang mit bedrohlichen Situationen und deren Deeskalation
- Vergleich von Angriffssituationen mit bedrohlichen Situationen, die deeskaliert werden konnten
- Wahrnehmung und Umgang mit Gefahrensituationen

Qualitative Erhebung

Interviews mit Mitarbeiter*innen

- Mitarbeiter*innen, die in den letzten 12 Monaten im Dienst eine körperliche Auseinandersetzung erlebt haben

Interviews mit Expert*innen

- Expert*innen (ggf. in Führungspositionen) innerhalb der Organisationen

Interviews mit angreifenden Personen

- Personen, die in eine Auseinandersetzung mit Einsatzkräften verwickelt waren

Ziel ist

- Die Erfassung von Details zu individuellen Erlebnissen und Hintergründen der Angriffe

Analyse von Strafverfahrensakten**Aktenauswertung von**

- Widerstandsdelikten, tätlichen Angriffen (§§ 113, 114, 115 StGB),
- Delikten gegen die körperliche Unversehrtheit (§§ 223-227 StGB)
- oder Beleidigungen (§ 185 StGB),
- zum Nachteil von Mitarbeiter*innen von den im Projekt untersuchten Berufsgruppen

Ziel ist

- die systematische Analyse von Fällen, in denen Anzeige erstattet wurde
- die Untersuchung der polizeilichen und justiziellen Verarbeitung der Vorfälle

Übungen**Wissenschaftliche Begleitung und Beobachtung von drei gemeinsamen Übungen:**

1. Szenarien der häuslichen Gewalt
2. Aggressive Übergriffe eines Patienten in der Notaufnahme
3. Randalierende Fußballfans im Bahnhofsbereich

Ziel ist

- die Beobachtung und Auswertung der Übungen hinsichtlich der Zusammenarbeit, Eigensicherung und Absprachen zwischen den Berufsgruppen

Bisheriger Stand (November 2021)

Quantitative Erhebung	Qualitative Erhebungen	Aktenanalyse	Übungen
<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle Maßnahmen: Beteiligung von 155 Organisationen • Ereignisprotokoll: <ul style="list-style-type: none"> • Wöchentliche Teilnahme im Maximum bei 490 • 402 Personen haben regelmäßige über acht Wochen hinweg teilgenommen • 652 ausgefüllte Ereignismeldungen zu erlebten Angriffen • Lagebild: 4215 Teilnehmende 	<ul style="list-style-type: none"> • 18 Interviews mit Betroffenen • 19 Interviews mit Expert*innen • 9 Interviews mit angreifenden Personen 	<ul style="list-style-type: none"> • Analyse und Auswertung von 216 Strafverfahrensakten 	<ul style="list-style-type: none"> • 1. Übung „Häusliche Gewalt“ hat bereits stattgefunden • Übung 2 und 3 folgen im Januar und März 2022
abgeschlossen	in Bearbeitung	in Bearbeitung	in Bearbeitung

Ausblick

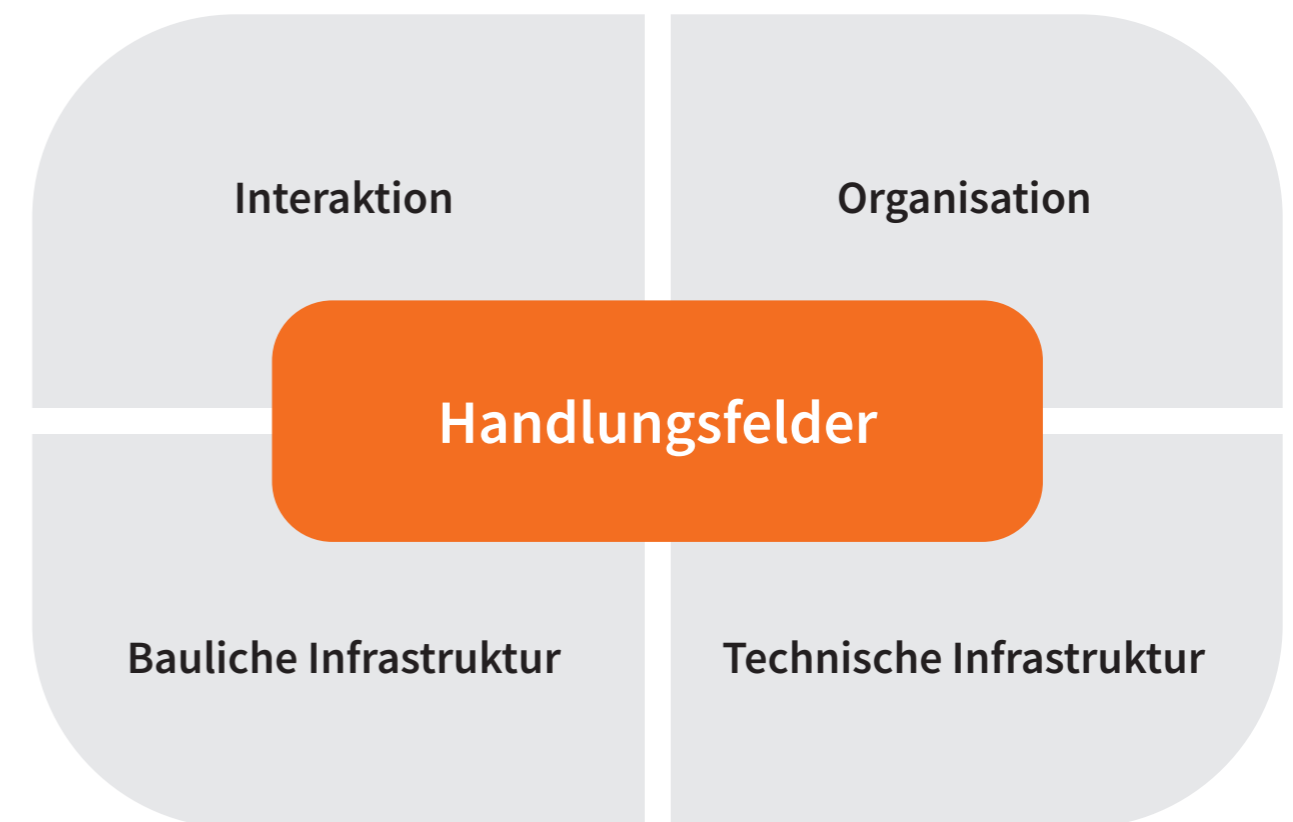
- Auswertung der Ergebnisse aus den unterschiedlichen Untersuchungsmethoden
- Ggf. Ergänzung durch die Analyse weiterer Strafverfahrensakten und Interviews
- Durchführung der ausstehenden zwei Übungen
- Veröffentlichungen in (Fach-) Zeitschriften und Vorträge
- Entwicklung von Ansatzpunkten zur Optimierung von Aus- und Fortbildung
- Ausarbeitung von Möglichkeiten und Durchführung des Praxistransfers

Schlussfolgerung und Fazit

Das Thema „Lagebild“

- „immer mehr, immer häufiger“?
- „objektives“ Lagebild ist kaum zu zeichnen, keine validen Zahlen
- Facetten des Problems können jedoch anhand von einzelnen Untersuchungen und Erhebungen schlaglichtartig dargestellt werden (siehe Darstellung einzelner Studien)
- Erfassung von Vorfällen nach Situationskontexten; Entwicklung von Präventions- und Reaktionskonzepten

Handlungsfelder



Schlussfolgerung – Organisation

- Transparenz der Strukturen, Arbeitsabläufe und Entscheidungsprozesse (für die Kundinnen und Kunden)
- Aufbau eines internen Dokumentationssystems über Gewaltvorfälle
- Besonderer Schutz für Mitarbeitende im Außendienst
- Regelmäßiges Angebot von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter und Führungskräfte

Schlussfolgerung – Interaktion

- Vertrauensvolle Kommunikation sowie ein wertschätzendes Miteinander von Kollegen und Vorgesetzten
- Schaffung von Austauschmöglichkeiten über Gewalt für Kolleginnen und Kollegen und mit Vorgesetzten

Schlussfolgerung – Bauliche Infrastruktur

- Gestaltung sicherer Arbeitsräume und -plätze z.B. durch Unterweisungen
- Verbesserung der baulichen Infrastruktur

Schlussfolgerung – Technische Infrastruktur

- Installierung von Alarmierungssystemen
- Zugangskontrollen und Schließsysteme
- Sensibles Thema: Selbstverteidigung/Bewaffnung

Perspektiven und Ausblick

- Ausdifferenzierung der Vorfallerhebung
- Einbindung der AMBOSAFE-Ergebnisse nach Veröffentlichung
- Ggf. Einbindung der Studienergebnisse der DHPOL
- Ausbau und Entwicklung
 - von Austausch- und Kommunikationskanälen (Kommunal, Regional, Land) (Teilprojekt 1)
 - von Präventions- und Reaktionskonzepten (Teilprojekt 2)
 - einer breiteren empirischen Basis (Teilprojekt 3)
- Stärkere Verknüpfung von Präventionsleitfaden und Forschungsergebnissen, insbesondere im Bereich der Handlungsempfehlungen
- Organisatorische und personelle Voraussetzungen prüfen (Federführung Polizei/Innenressort? Einbindungstiefe anderer Ressorts?)
- Davon abhängig: Weiterentwicklung der Handlungsempfehlungen des Präventionsleitfadens, Weiterentwicklung und Intensität der Öffentlichkeitsarbeit
- Stärkere Sensibilisierung / Thematisierung in Aus- und Fortbildung